Forum-Gewerberecht | Sportwetten/Glücksspiel | Glücksspiel in Österreich

Autor	Beitrag
Schadulke 28.06.2010 07:25	Hallo, nach der "Konsumausgaben Österreich"-Studie von RegioPlan-Consulting gibt der Durchschnittsösterreicher 2,5% seines Einkommens für Glückspiel aus. Eine satte Steigerung von 1,4% in den letzten 10 Jahren! Vor allem Internetanbieter profitieren davon, da diese mit "Produktinnovationen den Glücksspielmarkt im vergangenen Jahrzehnt verändert haben", wie Michael Oberweger, Consulter bei RegioPlan, erklärt. Damit wurde Lotto von der Glücksspielspitzenposition vertrieben. Und man kann nur ahnen, wohin die Reise noch geht... http://www.wirtschaftsblatt.at/home/426828/index.do Viele Grüße, Gerd Schadulke
march 29.06.2010 10:28	Gibt es denn da Vergleichswerte mit anderen europäischen oder auch nicht-europäischen Ländern bezüglich der Glücksspielausgaben? So etwas muss es doch für Deutschland auch geben, oder? march
foerster 29.06.2010 15:52	Anbei ein Beitrag aus dem Morgenjournal über die zunehmenden Haushaltausgaben für Glücksspiele: http://oe1.orf.at/konsole_small?url=http%3A%2F%2F194.232.200.191%2Foe1%2Fnews%2F00018F03.MP3 foerster
prochnau 02.07.2010 08:39	Aufgrund der nch wie vor angespannten Wirtschaftslage müssen auch die Casinos Austria ihre Kosten senken. Auf deutsch heißt das: Arbeitskräfte einsparen. 120 bis 150 Leute sollen abgebaut werden. Allerdings ohne Kündigungen, sondern mit zwei "Ausstiegsmodellen auf freiwilliger Basis". Ob das klappt? Zumal vor drei Jahren bereits schon mal 400 Beschäftigte verabschiedet wurden. http://www.salzburg24.at/news/tp:salzburg24:wirtschaft/artikel/casinos-austria-bauen-bis-zu-150-jobs-ab/cn/apa-1132539152
Schadulke 05.07.2010 07:59	Hallo, wie im Artikel aber ebenfalls zu lesen ist, betreffen beide Modelle aber vor allem ältere Arbeitskräfte, denen ab einer bestimmten Altersgrenze und Dienstzugehörigkeit ein Komplett-Ausstieg angeboten wird. Außerdem stehen die Mitarbeiter teilweise auch noch auf Abruf zur Verfügung. Ganz so dramatisch ist es also wohl doch nicht um die Arbeitnehmer bestellt. Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
foerster 06.07.2010 17:06	Trotzdem ist das eine Menge an Kündigungen, bei der man schon mal schlucken muss - besonders in Anbetracht der Tatsache, dass das nicht die ersten ihrer Art sind. Jede Medaille hat eben zwei Seiten, und in diesem Fall tut es mir für die Arbeitnehmer auf jeden Fall Leid. foerster
Schadulke 08.07.2010 09:49	Hallo, der scheidende KPÖ-Mandatar Ernest Kaltenegger appelliert eindringlich an die Regierungsparteien SPÖ und ÖVP, das auf Bundesebene jüngst beschlossene Glücksspielgesetz insofern nicht umzusetzen, als man einfach keine Konzessionen vergeben sollte: "So wie Vorarlberg, das klügste Bundesland", ergänzte Kaltenegger. Landeshauptmann Franz Voves ist erwartungsgemäß jedoch anderer Meinung. Die Neuregelung des Glücksspiels durch den Nationalrat bringe in einigen Bereichen deutliche Verbesserungen, nämlich: - Zutrittskontrollen (nur Volljährige dürfen spielen) - Bannmeile - Schulung der Mitarbeiter - festgelegte Gewinnquoten und - verstärkte Kontrollen durch geschulte Beamte des Finanzministeriums Auch die Zahl der neu zu erwartenden Glücksspielautomaten sei mit 1.000 eindeutig begrenzt, findet Voves. Den wahren Grund für seine fast unwilligen Ausführungen gab der Landeshauptmann nur in einer kurzen Passage zu erkennen: Er habe sich immer klar gegen die geplante Erhöhung des Spieleinsatzes von derzeit 50 Cent auf zehn Euro ausgesprochen - der Nationalrat habe jedoch anders entschieden. http://www.kleinezeitung.at/steiermark/2394699/letzte-sitzung-des-landtages-vor-den-wahlen.story Viele Grüße, Gerd Schadulke
march 20.07.2010 13:47	Der zweite Teil des Glücksspielgesetzes ist am 19.07. ohne Einspruch der Kommission und anderer Mitgliedsstaaten in Brüssel geblieben und kann nun am 22. Juli im Bundesrat beschlossen werden. Die SOKO Glücksspiel könnte somit ihre Arbeit aufnehmen. Im nächsten Schritt würde es dann darum gehen, alle Automaten in Österreich elektronisch mit dem Bundesrechenzentrum zu vernetzen. Derzeit wird die Zahl der illegalen Automaten ohne landesrechtliche Bewilligung in Österreich auf rund 10.000 geschätzt. Der wirkungsvolle Kampf dagegen könnte mit der SOKO Glücksspiel und dem notifizierten Gesetz endlich aufgenommen werden. Tatsache ist wohl: Das notifizierte neue Glücksspielgesetz wird für neue Automaten österreichweite und deutlich verbesserte Rahmenbedingungen im Interesse des Spielerschutzes setzen. Nach einer Übergangsfrist werden diese neuen Rahmenbedingungen auch in den bisherigen Erlaubnisländern anwendbar. http://www.oe-journal.at/ march

Autor	Beitrag
Schadulke 24.07.2010 09:12	Hallo, in Österreich hat die Onlineplattform win2day nun 80% der Anteile am Spielehersteller Rabcat aufgekauft. win2day ist eine eine gemeinsame Tochtergesellschaft von Casinos Austria und den Österreichischen Lotterien. Durch die Weiterentwicklung des Angebots auf win2day und einer Verbesserung des dortigen Angebots fließt letztlich also gleichsam mehr Geld in die Casinos Austria und die Österreichischen Lotterien, die dadurch etwaige Verluste ausgleichen können. http://derstandard.at/1277338807346/win2day-uebernimmt-Rabcat Viele Grüße, Gerd Schadulke
foerster 27.07.2010 13:56	Die Online-Plattform war auch im letzten Jahr die weitaus stärkste Sparte der Österreichischen Lotterien und haben alleine an den VLTs 18,65 Millionen Euro in die Staatskassen gespült. Und da sind die Steuern der Österreichischen Lotterien zahlen noch nicht mit eingerechnet. 2005 waren es bei den elektronischen Lotterien erst 8,97 Millionen Euro, 2006 bereits 11,8 Miollionen Euro, 2007 12,8 Millionen Euro und 2008 dann 16,2 Mio.llionen Euro an. Das kann sich sehen lassen. http://derstandard.at/1277339001189/Staatskassa-Internet-Zocker-brachten-Fiskus-18-Mio-Gebuehren foerster
schneiderlein 29.07.2010 16:38	Die Funworld AG ist mit 26,7 Mio. Euro in Konkurs: http://www.salzi.at/article/wirtschaft/18187/ schneiderlein
Walter B 29.07.2010 19:23	.....und was auch kaum jemand weiß, wenn man im Ösiland sein Haus verlosen will, muss sofort die 20% Lossteuer bezahlt werden. Egal ob man die Verlosung zurücknimmt oder sich das Ganze anders überlegt. Auch Zurückzahlen an die Teilnehmer schützt nicht vor diesen 20%, welche von der Verlosungssumme berechnet wird. Ist das nicht nett von dem Ösi FA um diesen Dingen einen Riegel vorzuschieben? :D Und wie immer :gruessgott: und :danke:

Autor	Beitrag
Meike 30.07.2010 05:43	Hallo zusammen, die Begründung der Umsatzeinbußen im deutschen Markt sind schon niedlich. Man hätte auch auf vermehrte und gut beschulte Kontrollen durch Ordnungsämter verweisen können, die sich durch Veröffentlichungen im Gewerbearchiv nicht haben beeindrucken lassen. Gruß Meike
Schadulke 03.08.2010 07:03	Hallo, es gibt Pläne für eine Novelle des Sportwetten-Gesetzes in Tirol (Buchmacher- und Totalisateursgesetz). Das Problem war bisher jedoch, dass Sportwetten bisher fast stets gemeinsam mit illegalem Glücksspiel vorkam. Nun will die Landesregierung jedoch die Verantwortung abschieben und die Bezirkshauptmannschaften für die Kontrolle der Wettbüros zuständig machen. Es gibt jedoch Befürchtungen, dass dies zu einer Beendigung jeglicher Kontrollen führe. Gebi Mair, Landtagsabgeordneter der Grünen: „Die Landesregierung hätte über den Umweg der Sportwetten die Chance gehabt, auch gegen illegales Glücksspiel massiv vorzugehen. Doch statt energischen Einschreitens wird es in Zukunft noch weniger Kontrollen geben.“ http://www.imzoom.info/article.php/20100802150600881 Viele Grüße, Gerd Schadulke
schneiderlein 06.08.2010 18:42	Sorry, aber dieser Gedankengang will mir auch nicht einleuchten. Wenn ich das richtig sehe, soll das Problem dadurch gelöst werden, dass die Zuständigkeiten verschoben werden, damit das Problemfeld nicht mehr in den Zuständigkeitsbereich der Landesregierung fällt. Schön, wenn es noch Leute gibt, die wissen, wie man mit solchen unangenehmen Angelegenheiten umgeht. Peinlich. schneiderlein

Autor	Beitrag
Schadulke 13.08.2010 10:32	Hallo, die Österreichischen Lotterien haben 2006 300.000 Euro für „Beratungsleistungen“ bezahlt, als gerade eine Novelle des Glücksspielgesetzes in Planung war. Geflossen ist das Geld laut Darstellung der Lotterien für eine zehnseitige Studie mit dem Titel „Online-Glücksspiel und Responsible Gaming“ sowie für weitere Beratungsleistungen - und zwar an eine Agentur, die zur BZÖ gehört. Damit stehen die Lotterien im Verdacht, „sich das Wohlwollen einer politischen Partei erkauft zu haben“, meinte dazu der grüne Abgeordnete Peter Pilz. http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/587197/index.do?_vl_backlink=/home/index.do Viele Grüße, Gerd Schadulke
prochnau 16.08.2010 09:13	Habt ihr das eigentlich mitbekommen, dass der grüne Landtagsabgeordnete Gebi Mair bei der Vorlage des neuen Tiroler Buchmachergesetzes die Landesrätin Zoller-Frischauf als "Patin der Glücksspielmafia" bezeichnet hat? Klingt schon fast nach Seifenoper. Zoller-Frischauf selbst hat noch nicht darauf reagiert.
foerster 17.08.2010 00:13	Man sollte das vielleicht noch etwas weiter ausführen. Mair meint, dass die Bezirke jetzt schon mit der Kontrolle von illegalem Glücksspiel überfordert seien. Außerdem sei es notwendig, die Kontrolle einer korruptionsverdächtigen Branche möglichst nicht einzelnen Beamten zu überlassen, sondern Zentralstellen damit zu beauftragen. Sein Vorschlag war, die Kontrolle der Sportwetten und des Glücksspiels beispielsweise im Gewerbereferat des Landes zusammenzuführen. http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Tirol/1079087-2/neue-regeln-gegen-illegale-wetten.csp foerster
Schadulke 19.08.2010 08:40	Hallo, dabei kann die Strafbehörde nach der Gesetzesänderung doch nun auch selbst Beschlagnahmungen vor Ort durchführen und Betriebe schließen. Vorher konnten bei illegalen Sportwetten zwar Geldstrafen verhängt werden, alles weitere musste bisher jedoch über das Land geregelt werden. Insofern müsste jetzt eigentlich alles etwas einfacher sein. Viele Grüße, Gerd Schadulke
prochnau 27.08.2010 15:09	Die Casinos Austria haben jetzt auch einen ersten Schritt in die Glücksspielhochburg Großbritannien gewagt und ein Casino in Glasgow eröffnet. Das Casino befindet sich in einem ehemaligen Gerichtsgebäude und umfasst 10 Spieltische, 16 Roulette-Terminals und 20 Slot-Machines. http://derstandard.at/1282273752970/Casinos-Austria-startet-in-Grossbritannien

Autor	Beitrag
foerster 28.08.2010 14:21	Die neuen 140 Millionen werden nicht zufällig ganz dringend für die 180 Millionen-Anleihe von 2005, fällig im April 2012, gebraucht? Oder gibts nächstes Jahr die nächste Anleihe? foerster
Schadulke 02.09.2010 06:32	Hallo, gleich beim ersten Einsatz der neugegründeten Soko Glücksspiel haben die Beamten 18 illegale Automaten beschlagnahmen können. Das darf durchaus als Erfolg verbucht werden - auch für das neue Glücksspielgesetz, das deutlich verbesserte Verfahrens- und Beschlagnahmebestimmungen aufweist. Weitere Aktionen der Soko-Glücksspiel im ganzen Land sind geplant. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100901_OTS0119/lopatka-erfolgreicher-start-der-soko-gluecksspiel Viele Grüße, Gerd Schadulke
prochnau 03.09.2010 14:11	Das kleine Glücksspiel ist momentan doch sowieso nur in vier Bundesländern erlaubt. Und selbst dort wird die Anzahl ja in Zukunft reduziert. In Wien wird es in Zukunft 2.796 statt der bisher rund 3.500 Automaten geben. In der Steiermark werden die Automaten sogar von derzeit rund 4.000 auf 1.005 heruntergedämmt. In Kärnten stehen statt der momentan rund 700 nur noch 468 Automaten zur Verfügung. Und in Niederösterreich wird die Zahl statt eines weiteren Ausbaus der momentan 1.350 Automaten auf 1.331 eingedämmt. Woher diese krummen Zahlen kommen - keine Ahnung.

Autor	Beitrag
Schadulke 06.09.2010 07:02	quote---------- Original von Schadulke gleich beim ersten Einsatz der neugegründeten Soko Glücksspiel haben die Beamten 18 illegale Automaten beschlagnahmen können. Das darf durchaus als Erfolg verbucht werden - auch für das neue Glücksspielgesetz, das deutlich verbesserte Verfahrens- und Beschlagnahmebestimmungen aufweist. Weitere Aktionen der Soko-Glücksspiel im ganzen Land sind geplant. ---------- Hallo, nun hat die Soko Glücksspiel auch noch ein Casino in Zell am See/Salzburg hoch genommen und hat dort 21 Automaten und drei Pokertische und ein Roulettetisch sichergestellt. Der Besitzer gibt an, den Betrieb nun schließen zu wollen, dennoch wird es wohl noch zu einem Wiedersehen vor dem EuGh kommen. Für den Fall, dass ein solches Verfahren vor dem EuGH zu Gunsten des Betreibers ausginge, würden erhebliche Schadensersatzansprüche für die beteiligten Behörden folgen. Es bleibt also abzuwarten, ob der Einsatz der SOKO Glücksspiel ein Erfolg für die Gesetzesnovelle wird. Das könnte für Österreich auch ganz schlimm in die Hose gehen. http://www.game-over.at/institut/presse/44_soko_razzia_in_salzburg_zocken_der_behoerden Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
foerster 08.09.2010 14:14	Der Europäische Gerichtshof (EuGH) befindet morgen, Donnerstag, über die Rechtmässigkeit des österreichischen Glücksspielgesetzes. Unter anderem geht es darum, ob die heimischen Rechtsvorschriften gegen die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit der EU verstossen. Der EU-Generalanwalt Jan Mazak hatte dies im Februar bejaht. Nun sind die EU-Richter am Zug, die in vier von fünf Fällen der Ansicht des Generalanwalts folgen. Von dem mit Spannung erwarteten Richterspruch hängt es ab, ob die Casino- und Lotterielizenzen in Hinkunft wirklich EU-weit ausgeschrieben werden müssen oder das Finanzministerium selbst auf Interessentensuche gehen darf. Ausgelöst hat das Verfahren der Deutsche Ernst Engelmann, der im März 2007 vom Bezirksgericht Linz wegen Betriebs zweier illegaler Spielcasinos in Linz und Schärding zu einer Geldstrafe von 2.000 Euro verurteilt wurde. Engelmann legte beim Landesgericht Linz Berufung ein, das dann den EuGH anrief. Die Linzer Richter hatten nämlich Bedenken, ob die österreichischen Vorschriften über Glücksspiele mit EU-Recht vereinbar sind. Generanwalt Mazak befand schliesslich im Februar 2010, dass die Gesetzespassage, wonach der Casinobetrieb ausschliesslich Aktiengesellschaften mit Sitz in Österreich erlaubt ist, gegen die Niederlassungsfreiheit der EU verstösst. Dass sämtliche Glücksspiel- und Spielbankkonzessionen auf Basis einer Regelung erteilt werden, die Bewerber aus dem EU-Ausland von der Ausschreibung ausgeschlossen hat, widerspricht nach Ansicht Mazaks dem freien Dienstleistungsverkehr. Diese Ausführungen bezogen sich allerdings auf die alte Fassung des heimischen Glücksspielgesetzes (GSpG). Die fraglichen Passagen wurden bereits mit der im Juli 2010 in Kraft getretenen Glücksspielgesetz-Novelle 2008 repariert. Die GSpG-Novelle 2010, der ein jahrelanges zähes Ringen vorausgegangen war, wurde dann einen Monat später ausgegeben. Wie die Vergabe der 2012 bzw. 2015 auslaufenden Spielbank- und Lotterielizenzen, die derzeit alle in Händen der Casinos Austria bzw. der Lotterien sind, in Hinkunft erfolgt, ist aber immer noch nicht ganz klar. Im Gesetz heisst es jetzt, dass die Konzessionserteilung "nach vorheriger öffentlicher und transparenter Interessentensuche durch den Bundesminister für Finanzen" erfolgt, wobei sich auch Interessenten bewerben dürfen, die ihren Sitz im EU-Ausland haben. Gegner des Glücksspielmonopols befürchten, dass es trotz Novellierung zu keiner Ausschreibung im eigentlichen Sinne kommt, sondern die Bewerber sozusagen weiter nach Gutdünken ausgesucht werden. "Das wurde extra so schwammig formuliert, damit der Minister die Lizenzen freihändig vergeben kann", ätzt ein Branchenkenner. Auch in den Augen von Engelmanns Anwalt Patrick Ruth hat die Bestimmung im neuen GSpG "mit Vergabe nichts zu tun". Wobei die Formulierung auch eine europaweite Vergabe möglich machen würde, so der Rechtsvertreter zur APA. Dass erfolgreiche Bewerber "fristgerecht" eine Kapitalgesellschaft im Inland gründen müssen, wie es im neuen Gesetz heisst, "geht nicht", meinte Ruth. Im Finanzstaatssekretariat will man sich noch immer nicht in die Karten schauen lassen, sondern möchte den EuGH-Beschluss zur Causa Engelmann abwarten. Von dem Spruch erhofft man sich "konkrete Aufschlüsse über die europarechtlichen Kriterien der Konzessionsvergabe", wie es auf APA-Anfrage erneut hiess. Als sicher gilt schon jetzt, dass neben dem Noch-Monopolisten Casinos Austria auch der niederösterreichische Glücksspielkonzern Novomatic zumindest eine von 15 (statt bisher 12) Casinolizenzen erhält. Dem Vernehmen nach hat es beim Finanzministerium schon 36 Anfragen nach Spielbankkonzessionen für Österreich gegeben, darunter Gesellschaften aus

Autor	Beitrag
	Griechenland und Deutschland. Auf die bestehenden Casinokonzessionen dürfte die Causa Engelmann keine Auswirkungen haben. Auch, wenn etwa Österreichs Automatenbetreiber gerne hätten, dass die Lizenzen der Casinos Austria "sofort eingezogen werden", falls die EU-Richter dem Generalanwalt folgen, wie Helmut Kafka vom Automatenverband der APA sagte. Sehr wohl könnte der Spruch aber Folgen für Betreiber (vermeintlich) illegaler Spielcasinos haben. Sollte das alte GSpG für EU-rechtswidrig befunden werden, würde dies wohl Straffreiheit für Engelmann und Co. bedeuten, ist man sich in der Branche einig. Denn Ausländer, so könnte dann argumentiert werden, hatten ja in rechtswidriger Weise gar keine Möglichkeit, an eine Casinolizenz zu kommen. Ruth indes hält es für sehr wahrscheinlich, dass etliche, denen einen Lizenz in der Vergangenheit verwehrt wurde, gegen die Republik vor Gericht ziehen werden. Im Fall Engelmann geht es ausserdem um Werbung für Lotto und Toto. Der Deutsche hatte nämlich das Glücksspielmonopol auch deshalb infragestellt, weil Lotto und Toto hierzulande intensiv beworben werden. Der Generalanwalt sieht darin aber im Gegensatz zu Engelmann keine Inkohärenz der österreichischen Glücksspielpolitik. Das Linzer Gericht müsse prüfen, ob die Werbung mit dem Ziel im Einklang steht, eine "attraktive" Alternative zu verbotenen Spielen zu sein, befand Mazak im Februar. In dessen Augen spricht auch nichts dagegen, die Dauer der Glücksspielkonzessionen auf 15 Jahre festzulegen, eine Begrenzung der Laufzeit sei "unerlässlich, um mittelfristig eine gewisse Öffnung für den Wettbewerb zu gewährleisten". Recht nüchtern sieht Wolfgang Zankl, Universitätsprofessor für Zivilrecht und Leiter des "europäischen zentrums für e-commerce und internetrecht" (e-center), den Fall: Der EuGH werde im Fall Engelmann und in weiteren Glücksspielcausen, über die ebenfalls diese Woche befunden wird, "grundlegende Probleme nicht lösen, sondern nur Detailfragen klären können", wie er in einer Aussendung wissen liess. Nötig wäre nach Meinung des e-centers eine EU-Richtlinie für grenzüberschreitendes Glücksspiel, an die sich die nationalen Gesetzgeber zu halten haben. "Vorbild könnte die Telekomregulierung sein", so Stephan Steinhofer vom e-center zur APA. http://www.boerse-express.com/pages/904562/newsflow foerster

Autor	Beitrag
schneiderlein 09.09.2010 13:16	Der EuGH hat die Regelungen zum österreichischen Glücksspielmonopol gekippt! Die heimischen Vorschriften, die das Recht zum Betrieb von Spielbanken Gesellschaften mit Sitz in Österreich vorbehalten, verstoßen nach Ansicht des EuGHs gegen das Unionsrecht. Konkret heißt es heute bekanntgegebenen Urteil, dass die Vergabe der Konzessionen an die Casinos Austria nicht im Einklang mit dem EU-Recht steht. Kritisiert wird außerdem, dass bei der Konzessionsvergabe keine Ausschreibung stattgefunden hat. Das Transparenz-Gebot verpflichte die konzessionserteilende Stelle, einen "angemessenen Grad an Öffentlichkeit sicherzustellen, der eine Öffnung der Dienstleistungskonzessionen für den Wettbewerb und die Nachprüfung ermöglicht, ob die Vergabeverfahren unparteiisch durchgeführt worden sind". Außerdem kritisiert der EuGH eine "Ungleichbehandlung" und eine "mittelbare Diskriminierung". Der Gerichtshof erklärt, dass die Verpflichtung der Inhaber von Spielbankkonzessionen, ihren Sitz im Inland zu haben, eine Beschränkung der Niederlassungsfreiheit darstelle. Diese Verpflichtung "diskriminiert nämlich Gesellschaften, die ihren Sitz in einem anderen EU-Staat haben, und hindert diese daran, über eine Agentur, Tochtergesellschaft oder Zweigniederlassung Spielbanken in Österreich zu betreiben". Was die Möglichkeit betrifft, die Beschränkung mit dem Interesse zu rechtfertigen, einer Ausnutzung dieser Tätigkeiten zu kriminellen oder betrügerischen Zwecken vorzubeugen, stellt der EuGH fest, dass der "kategorische Ausschluss von Wirtschaftsteilnehmern, die ihren Sitz in einem anderen EU-Land haben, als unverhältnismäßg anzusehen ist, da er über das hinausgeht, was zur Bekämpfung der Kriminalität erforderlich ist". Es gebe nämlich "mildere Mittel, die Tätigkeit und die Konten dieser Wirtschaftsteilnehmer zu kontrollieren". Zum Transparenzgebot unterstreicht der EuGH, dieses sei eine "zwingende Vorbedingung des Rechts eines EU-Staats, Genehmigungen für den Betrieb von Spielbanken zu erteilen, unabhängig davon, wie die Betreiber ausgewählt werden". Die "ohne jede Transparenz erfolgende Vergabe einer Konzession an einen Wirtschaftsteilnehmer, der in dem EU-Staat niedergelassen ist, dem der öffentliche Auftraggeber zugehört, stellt eine Ungleichbehandlung zum Nachteil von in anderen EU-Ländern niedergelassenen Wirtschaftsteilnehmern dar, die keine reale Möglichkeit haben, ihr Interesse an der fraglichen Konzession zu bekunden. Eine derartige Ungleichbehandlung verstößt gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz und das Verbot der Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit und stellt eine mittelbare Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit dar, die nach dem EU-Recht verboten ist". Gegen die österreichische Regelung hatte der deutsche Staatsbürger Ernst Engelmann geklagt, der zwei Spielbanken in Österreich betrieben hatte, ohne sich vorher bei den heimischen Behörden um eine Konzession beworben zu haben. Im Ersturteil wurde er verurteilt, unerlaubt Glücksspiele veranstaltet zu haben und erhielt eine Geldstrafe von 2.000 Euro. In der Berufung hat das Landesgericht Linz den EuGH um eine Vorabentscheidung ersucht. Die Linzer Richter hatten nämlich Bedenken, ob die österreichischen Vorschriften über Glücksspiele mit EU-Recht vereinbar sind. EuGH-Generanwalt Jan Mazak hatte bereits im Februar dieses Jahres erklärt, dass die Gesetzespassage, wonach der Casinobetrieb ausschließlich Aktiengesellschaften mit Sitz in Österreich erlaubt ist, gegen die Niederlassungsfreiheit der EU verstößt. Dass sämtliche Glücksspiel- und Spielbankkonzessionen auf Basis einer Regelung erteilt werden, die Bewerber aus dem EU-Ausland von der Ausschreibung ausgeschlossen hat, widerspricht dem freien Dienstleistungsverkehr. Diese Ausführungen bezogen sich allerdings auf die alte Fassung des heimischen Glücksspielgesetzes. Die fraglichen Passagen wurden bereits mit der im Juli 2010 in Kraft getretenen Glücksspielgesetz-Novelle repariert. Die Novelle 2010, der ein jahrelanges zähes

Autor	Beitrag
	Ringen vorausgegangen war, wurde dann einen Monat später ausgegeben. Wie die Vergabe der 2012 bzw. 2015 auslaufenden Spielbank- und Lotterielizenzen, die derzeit alle in Händen der Casinos Austria bzw. der Lotterien sind, in Hinkunft erfolgt, ist immer noch nicht ganz klar. Im Gesetz heißt es jetzt, dass die Konzessionserteilung "nach vorheriger öffentlicher und transparenter Interessentensuche durch den Bundesminister für Finanzen" erfolgt, wobei sich auch Interessenten bewerben dürfen, die ihren Sitz im EU-Ausland haben. Aus Sicht des Noch-Monopolisten Casinos Austria sind die bereits erteilten Casino-Konzessionen von dem jetzt gefällten EuGH-Urteil nicht betroffen. "Die Kritik richtet sich gegen die Modalitäten der damaligen Vergabe, jedoch wurden all diese Punkte mit den Novellierungen 2008 und 2010 bereits bereinigt", meinte Casinos-Rechtsvorstand Dietmar Hoscher. Die Novellen seien von der Europäischen Kommission notifiziert worden. "Das bedeutet, dass die vom EuGH geäußerten Kritikpunkte nach Ansicht der EU-Kommission durch diese Novellen zur Gänze ausgeräumt wurden", so Hoscher. Bei der kommenden Konzessionsvergabe sieht Hoscher offenbar keinen Änderungsbedarf: Der vom EuGH geforderte "angemessenen Grad an Öffentlichkeit" sei im neuen Glücksspielgesetz "ausdrücklich" festgehalten. "Im Übrigen wurden wesentliche Punkte der Beschwerde, wie die zahlenmäßige und zeitliche Begrenzung der Konzessionen, vom EuGH abgewiesen", so der Vorstand. http://www.krone.at/Oesterreich/EuGH_kippt_das_oesterreichische_Gluecksspielmonopol-Ungleichbehandlung-Story-219505 schneiderlein
Schadulke 10.09.2010 08:49	Hallo, am grundsätzlichen System, dass der Staat das Glücksspielmonopol hat und eine bestimmte Zahl an Konzessionen vergibt, wurde zwar nicht gerüttelt. Dennoch bleibt auch in Österreich nichts mehr wie es war. Vor allem gab es eine Rüge wegen fehlender Ausschreibungen bei der Konzessionsvergabe, womit dem Finanzministerium "Intransparenz, Ungleichbehandlung, Diskriminierung sowie der Verstoß gegen die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit" vorgeworfen wurde. Dadurch wird nun eine Lawine in Gang gesetzt, da nun viele übergangene Firmen eine Amtshaftungsklage gegen die Republik Österreich vorbringen werden. Schadensersatzklagen gegen die Casag dürften folgen. http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/593506/index.do?_vl_backlink=/home/recht/rechtwirtschaft/index.do Viele Grüße, Gerd Schadulke
prochnau 16.09.2010 14:22	Paukenschlag in der Südweststeiermark: Der weltweit agierende Spielautomaten-Konzern Atronic schließt die Produktionsstätte in Groß St. Florian, womit auch 50 Arbeitsplätze verloren gehen. http://isa-guide.de/gaming/articles/30832_game_over_fuer_atronic.html

Autor	Beitrag
Schadulke 18.09.2010 09:58	Hallo, hier noch mehr Infos zum Eintritt von William Hill in den österreichischen Wettmarkt: Die heimischen Anbieter von Online-Sportwetten bekommen neue Konkurrenz. William Hill, Großbritanniens größter Wettshopbetreiber (rund 2.300 Filialen) startet jetzt mit einem eigenen Österreich-Angebot im Internet (www.williamhill.com). Noch kenne die Marke William Hill in Österreich kaum jemand, gibt Henry Birch, Chef von William Hill Online, zu. „Dabei ist das Unternehmen in Großbritannien ungefähr so bekannt wie in Österreich Billa.“ Eine Kampagne mit dem britischen Komiker und Mon-ty-Python-Veteran John Cleese soll William Hill nun hier bekannt machen. Attraktive Quoten Den Fokus setzt der neue Anbieter in Österreich auf Fußballwetten. Punkten will man mit „besonders attraktiven Quoten“ und mehr Live-Wettmöglichkeiten als die Konkurrenz – bis zu 100 pro Bundesliga-Spiel. Und: Pro Wette könne man bei William Hill bis zu 2,5 Mio. Euro gewinnen, so Birch. 110-Mio.-Euro-Markt „Österreich ist für uns ein sehr interessanter Markt, da sowohl die Internetnutzung als auch Sportwetten bereits weit verbreitet sind“, sagt Birch. „Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten ein bis eineinhalb Jahre zu den Top-3-Sportwettenanbietern Österreichs zu gehören.“ Wie viele Kunden und Erträge er hierzulande anpeilt, wollte er nicht konkretisieren. „Es geht zunächst um Bekanntheit.“ Den österreichischen -Online-Sportwettenmarkt schätzen Brancheninsider auf rund 110 Mio. Euro. Zukunft mobile Wetten Riesiges Potenzial sieht Birch bei Wetten übers Handy. Bis 2012 rechnet er damit, dass 50 % der Online-Wetten über Smartphones & Co. laufen. Wie die meisten Internet-Wettanbieter hat William Hill seinen Sitz in Gibraltar. Sportwetten sind in Österreich, anders als in vielen anderen Ländern, liberalisiert. Ein Büro hierzulande eröffnet William Hill nicht. http://money.oe24.at/money/unternehmen/Wettanbieter-William-Hill-jetzt-auch-bei-uns-Oesterreich-start-Online-Wetten/1764221 Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
schneiderlein 18.09.2010 15:52	quote---------- Original von Schadulke Vor allem gab es eine Rüge wegen fehlender Ausschreibungen bei der Konzessionsvergabe, womit dem Finanzministerium "Intransparenz, Ungleichbehandlung, Diskriminierung sowie der Verstoß gegen die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit" vorgeworfen wurde. ---------- Mittlerweile sollen 36 Konzessionsanträge für die Casino-Lizenzen aus dem In- und Ausland im Finanzministerium eingegangen sein. Auch Schadensersatzklage zwischen 300.000 und 400.000 Euro sind wohl bereits eingegangen, und zwar nicht nur gegen den Staat Österreich, sondern auch gegen die Casinos Austria selbst. Expertenmeinungen zufolge sollen die Chancen auf einen Gewinn dafür gar nicht so schlecht stehen. http://www.format.at/articles/1037/525/277771/eugh-eu-weite-ausschreibung-casino-lizenzen schneiderlein
foerster 21.09.2010 12:40	In Österreich wird auch im Bordell gepokert: http://www.salzburger-fenster.at/redaktionell/921-taeglich-pokern-im-nobelbordell-.html foerster
Schadulke 22.09.2010 10:12	Hallo, interessant ist ja auch, dass die Stadt Salzburg im Jahr 2007 noch 1,6 Millionen Euro aus der Vergnügungssteuer eingenommen hat. 2008 und 2009 hat der Gemeinderat die Steuer für „missbrauchsgefährdete“ Automaten dann auf Null gesetzt und die reinen Geschicklichkeitsautomaten brachten lediglich 221.550 Euro (2008) bzw. 338.425 Euro (2009) ein. Und siehe da: Nun nimmt der Finanzreferent und Bürgermeister Heinz Schaden das „schmutzige Geld“ doch wieder. Im Voranschlag für 2010 geht man von etwa 1,95 Millionn Euro aus. Die ÖVP findet das „verlogen“, und dem stimme ich zu. Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
foerster 24.09.2010 15:38	Gestern hat die Bezirkshauptmannschaft Bregenz übrigens eine Schwerpunktaktion gegen illegales Glücksspiel im Bezirk Bregenz durchgeführt. Das Ergebnis: Neun Betriebe wurden kontrolliert, acht verbotene Apparate beschlagnahmt. Solche Aktionen lohnen sich immer. http://vorarlberg.orf.at/stories/471996/ foerster
Schadulke 25.09.2010 09:59	Hallo, die Wiener Grünen haben einigen Spielern ihre Unterstützung zugesichert, wenn sie gegen ihre Spielverluste im "kleinen Glücksspiel" klagen. Der Grund: Sie wollen ihrer Forderung Nachdruck verleihen, das "kleine Glücksspiel" komplett zu verbieten. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100924_OTS0191/wiener-gruene-unterstuetzen-spielerklagen-gegen-gluecksspielindustrie Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
foerster 29.09.2010 15:46	Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, nach dem Kasinolizenzen EU-rechtswidrig vergeben worden seien, hat erste Konsequenzen: Ein Innsbrucker Gericht hat einen illegalen Automatenbetreiber freigesprochen: Es sei eine "irrige Rechtsauffassung", die Glücksspielentscheidung des Europäischen Gerichtshofs als Freibrief für die Eröffnung neuer Spielhöllen zu sehen. Mit dieser Aussage reagierte VP-Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka Mitte September im Gespräch mit dem Standard auf die Ansicht von Juristen, das Glücksspielgesetz könne nach dem Urteil der Luxemburger Höchstrichter nicht mehr exekutiert werden. Allein, die Richter scheinen nicht viel von Lopatkas Einschätzung zu halten. In einem ersten Urteil nach dem EuGH-Entscheid hat das Innsbrucker Bezirksgericht am Dienstag einen Automatenbetreiber freigesprochen, wie Richterin Georgia Stix-Jaudl auf Anfrage bestätigte. Er war wegen illegalen Glücksspiels angeklagt worden. Die Strafandrohung lautet auf sechs Monate Freiheitsentzug. Das Gericht habe sich unmittelbar auf das Erkenntnis der Kollegen in Luxemburg berufen, so Stix-Jaudl zum Standard. Das Urteil ist nicht rechtskräftig, der Staatsanwalt hat drei Tage Zeit für eine allfällige Berufung, mit der aber nicht gerechnet wird. Die Höchstrichter haben im September festgestellt, dass die Vergabe der zwölf österreichischen Kasinolizenzen (künftig 15) intransparent, diskriminierend und somit gemeinschaftswidrig über die Bühne gegangen sei. Anlassfall der Entscheidung war eine 2000-Euro-Strafe gegen den deutschen Staatsbürger Ernst Engelmann, der zwischen 2004 und 2006 in Linz und Schärding zwei nichtangemeldete Spielkasinos betrieb. Er wurde im März 2007 vom Bezirksgericht Linz wegen illegalen Glücksspiels verurteilt. Er ging in Berufung, das Landesgericht legte die europarechtlich relevanten Fragen dem EuGH vor. Die Linzer Richter müssen nun auf Basis des Luxemburger Urteils eine Entscheidung treffen. Engelmann wird übrigens ebenso wie der in Innsbruck freigesprochene Lokalbesitzer von Patrick Ruth vertreten. Der Rechtsanwalt ist überzeugt, dass es bis zu rechtskonformen Vergabe der Kasinolizenzen zu keiner Verurteilung in Österreich kommen werde. Diese Ansicht vertritt auch der Chef des Automatenverbands, Helmut Kafka. Er rechnet mit "Chaos" auf dem Glücksspielmarkt und fordert das Finanzministerium dazu auf, die für nächstes Jahr geplante Ausschreibung der Lizenzen zu beschleunigen. Ansonsten würden neben kleinen Lokalbetreibern auch zusehends internationale Anbieter das rechtliche Vakuum ausnützen und Automaten in Österreich aufstellen oder Spielbanken eröffnen, erklärt Kafka. Ein fahles Licht wirft die aktuelle Entwicklung auch auf die Schwerpunktaktionen der Soko Glücksspiel, die vom Finanzministerium bei der Kiab (Kontrollstelle für illegale Ausländerbeschäftigung) eingerichtet wurde. Sie hat bereits Razzien in Oberösterreich, Salzburg und im Burgenland durchgeführt, Geräte beschlagnahmt. Auch diese Aktionen werden infrage gestellt, da mit keinen Verurteilungen zu rechnen ist. Im Gegenteil: Es drohen Schadenersatzklagen der Betreiber. Polizeijuristen sollen die Kiab-Verantwortlichen bereits darauf aufmerksam gemacht haben, doch das Finanzressort bleibe hart und drohe mit Amtshaftungsklagen, sollte die Polizei die Razzien nicht unterstützen. Apropos Amtshaftung: Entsprechende Klagen stehen auch der Republik ins Haus, weil sie die Lizenzen den Casinos zugeschanzt und potenzielle Anbieter verhindert hat. Ausbreiten könnte sich das Chaos auf die Lotterien, die den Casinos gehören, da auch Verfahren gegen "illegale" Lotto-Anbieter laufen. Wenn dieser Fall beim EuGH landen sollte, rechnet Kafka mit dem gleichen Ausgang wie in der Causa Spielbanken, weil es ebenfalls keine transparente Vergabe gab. http://derstandard.at/1285199498723/Urteil-stellt-Spielhoellen-einen-Freibrief-aus

Autor	Beitrag
	foerster
Schadulke 30.09.2010 08:02	Hallo, hier ist auch noch ein Artikel dazu: http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/598193/index.do?_vl_backlink=/home/wirtschaft/economist/index.do Viele Grüße, Gerd Schadulke
lene 05.10.2010 14:06	In Tirol wird derzeit das Veranstaltungsgesetzes novelliert, um gegen illegale Glücksspielautomaten vorzugehen. Ein erster Entwurf wird bereits ausgearbeitet. Geplant ist vor allem, die Strafen zu erhöhen und etwaige Schlupflöcher zu stopfen. http://www.krone.at/Nachrichten/Land_legt_haertere_Gangart_ein_Strafen_werden_nun_erhoeht-Illegales_Gluecksspiel-Story-223776 lene
schlüterkarl 06.10.2010 10:55	Lopatkas Glücksspielegesetz hat schon beim ersten Gerichtsurteil versagt! Bin gespannt, ob der Hr.Lopatka auch dafür gerade steht, wenn den Lotterien Strafen ins Haus stehen oder ob am Ende doch wieder der Steuerzahler die Inkompetenz von einem Staatssekretär ausgleichen muss.
Schadulke 08.10.2010 10:03	Hallo, hier ist auch noch der Fernsehbeitrag dazu: http://www.videoportal.sf.tv/video?id=5c5dfe25-0b70-4b5e-96c8-0894dd2fc377&referrer=http%253A%252F%252Fwww.tagesschau.sf.tv&cid=news&WT.zugang=ts_vid Viele Grüße, Gerd Schadulke
schlüterkarl 09.10.2010 10:18	EU-Recht bricht nationales Recht. Die bekannte Folge eines nationalen rechtswidrigen Zustandes: Die rechtswidrige Verlängerung der Casinokonzessionen wurde vom EuGH festgestellt - das nationale Gericht hat dem in seinem Urteil zu folgen - Freispruch ist logisch. Über die "Nichtbestrafbarkeit" wenn's national nicht EU-gemäß ist, gibt's längst schon ältere Entscheidungen des EuGH.

Autor	Beitrag
kopeiki 10.10.2010 10:33	Kaum ist Johannes Hahn (Vorstandsvorsitzender der Novomatic AG sowie Aufsichtsratsvorsitzender von deren Tochterunternehmen Admiral Sportwetten GmbH) in Brüssel angekommen, schon rollt der Rubel. Lustig auch: Der Ex-Wiener Landespolizeikommandant Roland Horngacher benutzte über mehrere Monate Luxusautos, die auf die Novomatic AG zugelassen waren. Er wurde u.a. wegen Amtsmissbrauchs im Zusammenhang mit einer Razzia in einem zur Novomatic-Gruppe gehörenden Casino verurteilt. Heute ist er Rechtsberater von Novomatic. Die Mafia ist dagegen ein Ponyhof.
schlüterkarl 11.10.2010 13:56	Seines Zeichens Aufsichtsrat der Novomatic, war der nicht auch ein Freund oder Schwager vom Horngacher? Gibts noch Skandale in Österreich, in der die Novomatic nicht ihre finger im Spiel hat? In Italien nennt man die Verschränkung von Politik, Unterwelt und Wirtschaft Mafia, in Neapel Camorra.
Schadulke 12.10.2010 08:13	Hallo, wer nichts weiß, muss glauben. Die EuGH-Entscheidung wäre so oder so gekommen, und sie stellt Novomatic nicht schlechter, ganz im Gegenteil. Die Lizenz wurde den Casinos Austria, also dem größten Konkurrenten von Novomatic, von der Politik praktisch zugeschanzt (frag dich mal, wer für die Lobby gemacht hat). Das war rechtswidrig (was keinem österreichischen Richter weiter auffiel) und Novomatic kann sich jetzt für ebendiese Lizenz bewerben. Das wahre Problem liegt aber im Parlament in Wien. Dass Lobbyisten dort Abgeordnete "anfüttern" und leitende Polizisten "unterstützen" dürfen, ist nicht Schuld der EU. Viele Grüße, Gerd Schadulke
schlüterkarl 13.10.2010 18:57	Die haben sich ja ein Monopol in ihrem Geschäftsfeld geschaffen, da werden kleinere Anbieter sicher nicht mitkommen, die können es sich leisten Automaten zu "subventionieren" und "Gagdets" zu verteilen. Gleichzeitig kommen Sie aus der Schusslinie, weil der Markt "offiziell" offen ist. Klar hätte es besser laufen können, aber unbedingt schlechter wird das Geschäft jetzt auch nicht gehen.
kopeiki 14.10.2010 13:57	Nicht nur das ich die EU als absolutes Glückspiel betrachte, da ich mir nicht vorstellen kann, dass ein System das als Staatenbund mit einer Hauptstadt Wien und als Völkerbund mit der Hauptstadt Berlin nicht funktioniert hat nunmehr mit der dezentralen Hauptstadt Brüssel funktioniert, so verstehe ich auf der anderen Seite aber auch nicht, warum ausgerechnet nur die SPÖ Firma Novomatic ein Monopol auf legalen Betrug haben soll. Immerhin besteht das ganze System des Glücksspiels nur daraus, einfach weniger aus zu bezahlen, als man eingenommen hat.
prochnau 15.10.2010 13:24	In Graz wird die Lustbarkeitsabgabe pro Automat auf 1.000 Euro im Monat erhöht, und zwar bereits ab dem 01. November. Der Grazer Gemeinderat soll außerdem grünes Licht für den städtischen Anteil der Erhöhung der Pauschalabgabe von derzeit 300 Euro auf 370 Euro pro Automat und Monat geben - denn die in Betrieb befindlichen Automaten haben durch das neue Glücksspielgesetz noch eine "Schonfrist" bis 2015. So soll gegengesteuert werden. In Wien liegen die Abgeben pro Automat bereits bei 1.400 Euro. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis man nachjustiert. http://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/graz/2517875/abgabe-soll-gluecksspiel-eindaemmen.story

Autor	Beitrag
petergaukler 15.10.2010 21:38	hallo, da ist deutschland ja für novomatic ein richtiges schlaraffenland hier belaufen sich die höchstabgaben (vergn.-steuer) auf höchstens 300,- euro p.m. pro geraet !!!! pg.
schlüterkarl 16.10.2010 11:15	Bei dem EuGH stellt sich für mich seit längerem schon die Frage, was für 'RichterInnen' dort am Werk sind? Eine Blamage nach der anderen wird produziert. Was nicht weiter verwundert, sieht man sich die Praxis der Besetzung von Richterposten an. Es beschleicht der Eindruck, nicht die Besten werden von den Mitgliedsstaaten in den EuGH entsendet, sondern parteipolitische Günstlinge, die es zu versorgen gilt. Die Qualifikation muss von „anerkannt hervorragender Befähigung“ sein, heißt es. Ein dehnbarer Begriff zur letztendlichen Charakterisierung eines verdienten Parteifunktionärs.
Schadulke 22.10.2010 09:11	Hallo, das Land Oberösterreich hat jetzt auch das sogenannte "kleine Glücksspiel" mit Spielautomaten wieder legalisiert, das seit 1992 verboten war. Zweck des Ganzen ist es auf der einen Seite, die geschätzten 4.000 illegalen Automaten damit auf 1.175 legale Automaten zu reduzieren,und zum anderen natürlich mehr Steuereinnahmen zu generieren (man geht von etwa 5,3 Millionen Euro aus). Ob es aber gelingen wird, die Automatenanzahl zu reduzieren, bezweifle ich. Es ist doch wohl eher davon auszugehen, dass die Anzahl an legalen Automaten noch hinzukommt und man am Ende bei mehr als 5.000 Automaten anlangt. Denn warum sollte ein Betreiber plötzlich Teile des Gewinnes durch Automaten abgeben, wenn es jahrelang auch ohne Abgaben geklappt hat? http://www.krone.at/Oberoesterreich/Land_legalisiert_Gluecksspiel-Automaten-Fuer_Steuereinnahmen-Story-226665 Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
foerster 24.10.2010 22:46	Der europäische Glücksspielsektor ist momentan im Umbruch. Nicht nur die Konsolidierung in der Branche - etwa die Fusion des Wiener Online-Wettkonzerns bwin mit der britischen PartyGaming - führt zur Neuordnung des Bereichs, sondern auch die sukzessive Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen in einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Im Angesicht der krisenbedingt horrend steigenden Staatsausgaben sehen sich viele Länder gezwungen, ihre Glücksspielmonopole aufzuweichen. Von Harmonisierung ist man aber in der Union noch weit weg. Vor allem das Zocken im Internet ist so gut wie gar nicht geregelt. Dafür sei es aber höchste Zeit, sagte der Wiener Universitätsprofessor Wolfgang Zankl im Gespräch mit der APA. "In jedem Mitgliedstaat sind die Glücksspielrechte unterschiedlich", was in EU-Zeiten sehr unerfreulich sei, kritisiert Zankl, Direktor des e-centers, ein europäisches Zentrum für Internetrecht. Die nationalen Monopole stammten grossteils aus der Zeit vor den Informations- und Kommunikationstechnologien "und können daher nicht mehr zeitgemäss sein. Früher habe man Spieler abhalten können, woanders zu zocken, im Internet sei das nicht mehr möglich. "Das interessiert einen asiatischen Anbieter nicht, ob wir in Österreich ein Monopol haben", so Zankl. Gerade vor dem Hintergrund der rasanten Zunahme von Spielangeboten im Internet müsse das Online-Zocken zumindest auf EU-Ebene reguliert werden. Ansonsten entstehe ein riesiger Schwarzmarkt. Aufhalten könne man die aktuelle Entwicklung nicht. Dass sich durch die Legalisierung von Zockseiten die Spielsuchtproblematik verschärfen könnte, glaubt Zankl, Professor am Institut für Zivilrecht der Uni Wien, nicht. "Spielsucht kann online viel besser beherrscht werden." Immerhin könne man die Transaktionen der Spieler im Netz besser nachvollziehen. "Da fällt viel eher auf, wenn jemand ungewöhnlich hohe Einsätze verspielt", so der Experte. "Wir schlagen daher eine europäische Glücksspielagentur vor, bei der alle Fäden in der EU zusammenlaufen." Dort könnten dann nach Vorstellung des e-centers Sperrlisten zentral geführt werden, sodass Personen, die bei einem Anbieter gesperrt sind, auch bei keinem anderen mehr zocken können. Das e-center hat einen Richtlinienentwurf erstellt, nach dem das Online-Glücksspiel EU-weit geregelt werden könnte. Unter anderem werden Lizenzierungsregeln vorgeschlagen, die auf harmonisierten Mindeststandards beruhen. Diese Voraussetzungen betreffen etwa Informationspflichten, Mindestkapitalerfordernisse oder Massnahmen zu Spielerschutz und Kriminalitätsbekämpfung. Damit soll ermöglicht werden, dass Voraussetzungen, die schon einmal in einem Staat geprüft wurden, auch von allen anderen Ländern anerkannt werden. Dieses sogenannte Passporting-Prinzip habe sich schon im Bankensektor bewährt, so Zankl. Dennoch solle man den Nationalstaaten eine gewisse Souveränität zugestehen. "Natürlich zieht man dadurch legale Anbieter an", ist Zankl überzeugt. Fiskalische Aspekte - also mehr Steuern - sollten aus seiner Sicht aussen vor gelassen werden. Wobei "es für den Fiskus wahrscheinlich kein Nachteil ist, eine gewisse Liberalisierung zu betreiben." Durch eine derartige Regulierung würde sowohl für die Anbieter als auch für die Spieler Rechtssicherheit geschaffen. Bei Glücksspielunternehmen könnte dies dann zu einem "Motivationsschub puncto Investitionsbereitschaft" führen. Im Sinne der Transparenz fordert das e-center ausserdem ein "europäisches Glücksspielsiegel", das auf jeder Homepage eines lizenzierten Anbieters aufscheinen soll. Zankl ist "natürlich optimistisch", dass seine Vorschläge in Brüssel Beachtung finden. Derzeit gebe es Tendenzen, sich des Online-Glücksspiels anzunehmen. Beispielsweise will EU-Binnenmarktkommissar Michel Barnier im November ein "Grünbuch" zum Glücksspiel präsentieren.

Autor	Beitrag
	Mit derzeitigen Judikatur des EuGH, der ja im September das österreichische Casinomonopol gekippt hat, ist Zankl nicht glücklich, zumindest, was den Online-Sektor betrifft. Mit dem Urteil "Liga Portugesa" habe sich der EuGH erstmals zu den Besonderheiten des Online-Bereichs geäussert. Die EU-Richter befanden, dass das Zocken auch im Netz dem portugiesischen Monopolisten Santa Casa vorbehalten werden kann; geklagt hatte damals bwin. "Die EuGH-Judikatur entwickelt sich in die falsche Richtung", so Zankl. Sauer stösst ihm auf, dass die EU-Richter das Internet als besonders gefährlich ansähen "und daraus verschiedene Rechtsfolgen ableiten". Das viel grössere Problem sei aber, dass die EuGH-Judikatur "kein Ende nimmt". Während Rechtsfragen "normalerweise irgendwann ausjudiziert" seien, gebe es beim Glücksspiel eine Vielzahl von Entscheiden, was nicht gerade für Rechtssicherheit sorge. "Dem EuGH sind die Hände gebunden. Er kann nur das beurteilen, was ihm national vorgelegt wird", so Zankl. http://www.boerse-express.com/pages/914405/newsflow foerster
kopeiki 25.10.2010 11:11	Der Staat war schon immer sehr erfinderisch wenns darum geht seinen Schäfchen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Naja, das gepflegte Game zwischendurch lenkt von der miesen Politik ab. So gesehen wieder ein gelungener Schachzug.

Autor	Beitrag
Schadulke 26.10.2010 09:10	quote---------- Original von Schadulke Hallo, gleich beim ersten Einsatz der neugegründeten Soko Glücksspiel haben die Beamten 18 illegale Automaten beschlagnahmen können. Das darf durchaus als Erfolg verbucht werden - auch für das neue Glücksspielgesetz, das deutlich verbesserte Verfahrens- und Beschlagnahmebestimmungen aufweist. Weitere Aktionen der Soko-Glücksspiel im ganzen Land sind geplant. http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20100901_OTS0119/lopatka-erfolgreicher-start-der-soko-gluecksspiel Viele Grüße, Gerd Schadulke ---------- Hallo, der SOKO Glücksspiel ist ein neuer Fisch ins Netz gegangen. Bei einer Razzia in einem Kärntner Privat-Casinos wurden insgesamt 20 manipulierte Automaten versiegelt. Die beschlagnahmten Automaten hatten alle die Einsatzgrenze von 50 Cent erhöht, bis in Eurobereiche. Der positive Nebeneffekt: Die Kunde von der Razzia hatte sich in der Szene schnell verbreitet, sodass viele Betriebe direkt zugemacht haben. http://www.krone.at/Kaernten/20_Spielautomaten_von_Gluecksspiel-SOKO_versiegelt-Razzia_der_Finanz-Story-226951 Viele Grüße, Gerd Schadulke
prochnau 27.10.2010 16:09	Jetzt ist es fast amtlich: Das kleine Glücksspiel wird in Oberösterreich legalisiert. Im Dezember soll das Gesetz im Landtag beschlossen werden: http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/landespolitik/art383,494008

Autor	Beitrag
foerster 28.10.2010 15:17	Schalten politische Amigos gehorsam die Konkurrenz per Amtsmissbrauch durch Unterlassung und mittels fehlerhaften Glücksspielgesetz aus ? Finanzminister Pröll ist dafür verantwortlich, dass die KIAB, (publikumswirksam zur "SOKO Glücksspiel" hochgejubelt) dramatischen und vor allem auch rechtswidrigen Schaden in Österreich anrichtet. Der Steuerzahler wird für diese Schäden geradestehen müssen, da die verantwortlichen Politiker natürlich für nichts persönlich haften. Zuletzt geschehen in Kärnten, wo die KIAB mittels Spekulationen und mit juristisch unhaltbaren Details eine angebliche Zuständigkeit und "moralische" Notwendigkeit künstlich vorgetäuscht hat. Spielautomaten werden in Kärnten von gerichtlich beeideten Sachverständigen und einem akkreditierten, international anerkannten, Prüfinstitut sorgfältig auf ihre Gesetzmäßigkeit hin ge- und auch immer wieder überprüft. Diese Spielautomaten sind mit Siegeln gegen etwaige Manipulationen geschützt und haben ordentliche, aufrechte, Landesgenehmigungen. Solche Spielautomaten wurden von der KIAB in Kärnten provozierenderweise - vorläufig - beschlagnahmt. Die gesamte staatliche Verwaltung darf allein auf Basis der Verfassung handeln. Da die KIAB die Amtshandlung leitet, ist sie für das von ihr behauptete illegale Glücksspiel - § 168 StGB - gar nicht zuständig. Beim Vorliegen eines solchen Verdachts hat sie die Amtshandlung, mangels Zuständigkeit des Verwaltungsstrafrechts, sofort abzubrechen. Dafür ist die Polizei zuständig. Die Zuständigkeit der KIAB nach dem neuen Glücksspielgesetz blieb in anderen Fällen nur erhalten, weil ein, mit der KIAB zusammen agierender, gerichtlich beeideter, Sachverständiger, übrigens ein aktiver Gefolgsmann von Pröll und Lopatka, "zufällig" folgendermaßen vorging: Wie den Niederschriften der KIAB zu entnehmen ist, hat er, in vergangenen Fällen, außerhalb Kärntens, die zu überprüfenden Spielautomaten mit jeweils nur Euro 5.- bespielt und konnte so natürlich nicht feststellen, ob dieser Spielautomat mit mehr als Euro 10.- pro Spiel bespielt werden kann. Bei - möglichen - Einsätzen von mehr als Euro 10.- pro Spiel ist nämlich, gemäß dem gültigen, Neuen, Glücksspielgesetz, die "echte" Polizei zuständig und nicht die, gemäß ihren eigenen Niederschriften auch sonst klar rechtswidrig agierenden, "Möchtegernpolizisten" im Auftrag des Finanzministeriums. Ob es schriftliche Weisungen gibt, wo diese und weitere rechtswidrigen Vorgangsweisen angeordnet wurden, ist höchst fraglich. Vermutlich gibt es sie gar nicht und bei Bedarf werden dann einzelne KIAB Beamte als ganz allein verantwortlich der Öffentlichkeit als "Bauernopfer" präsentiert. http://isa-guide.de/gaming/articles/31307_neues_gluecksspielgesetz_rechtswidrige_manipulationen_im_behoerdlichen_auftrag_.html foerster
Schadulke 29.10.2010 10:33	Hallo, entschuldigung - leider kann ich das hier nicht löschen. Viele Grüße, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
lene 02.11.2010 11:49	Tja, wenn die Absprachen nicht einheitlich sind, wird es wohl nichts mit den großen Mehreinnahmen. Bis zu 17 Millionen Euro hatte sich das Land Oberösterreich von der Legalisierung des kleinen Glückspiels versprochen. In Tirol hat sich LR Patrizia Zoller-Frischauf nun aber dagegen entscheiden. Allerdings: Sie setzt auf ein anderes Einnahme-Modell: Die Strafen werden erhöht. :D http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/%C3%9Cberblick/Politik/PolitikTirol/PolitikTirolContainer/1579392-8/tirol-h%C3%A4lt-am-verbot-des-kleinen-gl%C3%BCcksspiels-fest.csp lene
prochnau 09.11.2010 18:11	Peinlich! Die neue "SOKO Glücksspiel" des Österreichischen Finanzministeriums muss 33 Glücksspielautomaten zurückgeben, weil sich einer ihrer ersten Einsätze als Reinfall entpuppt hat. Die Geräte waren offenbar nur vermeintlich illegal aufgestellt, daher musste die Bundespolizei jetzt die Rückgabe anordnen - und zu allem Überdruss hat der betroffene Casinobetreiber auch noch Anzeige erstattet. Tja, so kann's gehen... http://www.krone.at/Nachrichten/SOKO_Glueckspiel_muss_33_Automaten_zurueckgeben-Zu_streng_gewesen-Story-229587
kopeiki 10.11.2010 11:04	Unsere Poltiker denken wohl sie machen ein Schmierheft, dabei handelt es sich um ein Gesetz. Ich glaub die sind da im falschen film. Lauter Gesetze die nicht alltagstauglich sind. Hauptsache anwesend und hand auf halten. echt eine tolle leistung, schließlich hat keiner irgendwelche einwände !!
Schadulke 24.11.2010 09:03	Hallo, Peinlichkeit, ick hör dir trappsen - die „Soko Glücksspiel“ musste erneut eine Schlappe hinnehmen. Die Bundespolizeidirektion Villach hat die einstweilige Beschlagnahme von 10 Glücksspielautomaten eines Kärntner Spielhallenbetreibers aufgehoben. Mal wieder. Das ist nun schon die dritte. Das gleicht einer „totalen Niederlage“ für die Betrugsbekämpfungsbehörde KIAB des Finanzministeriums. Eine Amtshaftungsklage wird wohl folgen. Die „Soko Glücksspiel“ hingegen hat bereits Berufung beim UVS angekündigt. http://www.nachrichten.at/nachrichten/chronik/art58,510609 Viele Grüße, Gerd Schadulke
lene 05.12.2010 15:54	Auch schoen: Las Vegas hat mir enormen Umsatzeinbussen zu hadern, dennoch soll jetzt an der Oesterreichischen Grenze ein Pendant entstehen: Fuer schlappe 5 Millarden Euro. Super. http://kurier.at/wirtschaft/2055433.php lene

Autor	Beitrag
Schadulke 07.12.2010 05:41	Hallo, das Glücksspiel ist neben der Zuhälterei das älteste Gewerbe der Welt. In Österreich hat der Staat das Monopol auf das "schnelle Geld". Privatpersonen oder Unternehmern ist das Geschäftsgebaren mit Fortuna per Gesetz untersagt. Doch hierfür gilt die römische Weisheit: Ein Gesetz ohne Sanktionen ist kein Gesetz. Politik und Justiz versagen. Ein Artikel aus der Krone belegt das: Die Augen blicken starr auf den Bildschirm, in der linken Hand Bier und Zigarette, der rechte Finger verharrt auf einer Taste. "Komm schon, spuck es aus du Sau", nuschelt ein älterer Herr. Er spricht mit einer Maschine, einem "Einarmigen Banditen". Der Computer blinkt, rattert, trällert und schluckt Geld, viel Geld. Tausende Euro hat der alte Mann schon in den Automaten "investiert". Er kommt oft hierher, sagte er zu uns. Er gewinne nicht selten… Ein paar Automaten weiter zockt ein junger Bursche. Auch er kommt regelmäßig zum Zocken. Seine Augen sind glasig, die Pupillen wie Stecknadeln, er wirkt verlottert. Zehn Euro will er heute setzen. Mehr hat er nicht. Er verliert, aber er wird wiederkommen, noch mehr verlieren… Verlierer: die Armen, Gewinner: die Abzocker In der knapp 30 Quadratmeter großen Spielhöhle "Golden Nugget" in der Innsbrucker Brixnerstraße zocken die, die es nicht haben - die Unterschicht: Hilfsarbeiter, Arbeitslose, Drogensüchtige und Migranten. Sie rauchen, saufen und spielen. Das Geschäft läuft gut, die Kasse ist gerammelt voll, von Krise keine Spur. Die zwei jungen Geschäftsführer tänzeln in ihren teuren Designer- Daunenjacken durch die Reihen und quetschen die Spielsüchtigen gnadenlos aus. Ein schauderhafter Anblick! 300 Millionen Euro werden laut Polizei pro Jahr durch illegales Glücksspiel in Tirol erwirtschaftet. Die Tiroler Glücksspielmafia ist sehr mächtig! "Krone"- Reporter Holzmann und der Landtagsabgeordnete Gebi Mair zockten am Freitag inkognito in dem Schuppen. Binnen 20 Minuten kletterte der Spieleinsatz von 10 Euro auf über 500 Euro. Aufhören oder weitermachen? Da waren es nur noch 300 Euro… "Unterhaltungsspiel - Keine Auszahlung! Kein Gewinn!", stand in großen Lettern auf den Automaten. Eine glatte Lüge! Ohne zu zögern zahlte uns der dicke Kassierer aus. 300 Euro in Bar - ILLEGAL! Wir riefen die Polizei. Die Beamten kennen das Problem mit den Spielbuden. Der "Gummiparagraf" macht ein Einschreiten unmöglich. Das Gesetz biete zu viele Lücken, die Politik in Tirol sei unfähig, ein ordentliches Gesetz zu erlassen. Polizei und "Krone" konfrontierten die Chefs mit der Anzeige. Keiner fühlte sich zuständig. Wo ist der Geschäftsführer, fragten wir. "Der sitzt in London, ein gewisser Dennis Snider", antwortete einer der offensichtlichen Chefs lächelnd. Im Internet taucht unter der Firma Golden Nugget jedoch nur der Name Wolfgang Zaunschirm auf. Erreichbar war der Herr nicht. Die zwei Männer, die sich in dem kleinen Laden wie die Inhaber aufführten, zogen sich aus der Verantwortung: "Wir sind nur Angestellte, was wir hier machen, wissen wir selbst nicht." Ob die von der "Krone" und den Grünen erstattete Anzeige reicht, um ein Gerichtsverfahren anzustrengen, wird sich zeigen. Nun ermittelt der Staatsanwalt. Lichtblick: Anfang 2011 verabschiedet die Regierung in Tirol ein Gesetz, welches einige Lücken schließen und den Automatenbetreibern das Leben schwerer machen

Autor	Beitrag
	soll. "Der nötige Durchgriff gegen das illegale Glücksspiel und die Ausnützung von Süchtigen gelingen damit aber noch nicht", kritisierte LA Mair (Grüne). "Die Situation ist nicht zufriedenstellend", so Landesrätin Patrizia Zoller- Frischauf. Aber man sei auf dem richtigen Weg. Man kann nur hoffen, dass sich die Politik vom Gängelband der Glücksspielmafia löst und tut, was man von ihr erwartet: korrekt arbeiten und den Schutz der Bürger gewährleisten, die hilflos im "Sumpf" stecken. http://www.krone.at/Tirol/Gesetzesluecke_Die_Gluecksspielmafia_regiert_in_Tirol!-In_der_Spielhoelle...-Story-233882 Viele Grüße, Gerd Schadulke
foerster 21.12.2010 06:29	Dass das NÖ Spielautomatengesetz 2011 nur mit den Stimmen der ÖVP und SPÖ beschlossen wird, war bei der jüngsten Landtagssitzung keine große Überraschung. FPÖ und Grüne hatten schon im Vorfeld immer wieder bekundet, dass sie überhaupt gegen das Glücksspiel sind. Spannender war da schon ein Nebensatz von ÖVP-Landtagsabgeordneten Stefan Hintner, der bei seiner Verteidigung des Gesetzes auch gleich eine Initiative ankündigte, mit der Buchmacher und die Wettbüros eingedämmt werden sollen, die „wie Schwammerln aus dem Boden schießen“. Tatsächlich kommen immer mehr Gemeinden mit dem Pro blem ans Land, dass schon fast an jeder Ecke ein Wettbüro aufmacht. Stefan Hintner: „Das kann nicht in unserem Sinn sein.“ Deswegen wird an ähnlichen Regelungen wie jene des Spielautomatengesetzes gearbeitet. Diese soll im kommenden Jahr präsentiert werden. Doch zurück zum Spielautomatengesetz: Das musste wegen der Glücksspielvorgaben des Bundes neu geregelt werden. Neu ist die Zahl der erlaubten Automaten in Niederösterreich, die von 1800 auf 1300 sinkt. Neu ist unter anderem auch, dass sich ein Apparat von selbst abschalten muss, wenn ein Spieler zwei Stunden lang dort sein Glück versucht hat. Neu ist auch die verstärkte Kontrolle, für die ja die SOKO Glücksspiel vom Finanzministerium gegründet worden ist. Wichtig war dabei aber auch, dass sich nicht der Bund über sein neues Glücksspielgesetz die ganzen Abgaben holt und dadurch vor allem die Gemeinden auf der Strecke geblieben wären. ÖVP-Landtagsabgeordneter Stefan Hintner: „Gemeinsam ist es uns gelungen, diese Bundesinteressen abzuwehren.“ Wichtig war aber auch, „das Glücksspiel aus der Illegalität zu verbannen“, so SPÖ-Landtagsabgeordneter Rupert Dworak. Die FPÖ und die Grünen ließen sich von diesen Argumenten aber nicht überzeugen. FPÖ-Abgeordneter Martin Huber: „Wir sprechen uns gegen jegliches Glücksspiel aus.“ Und Helga Krismer-Huber von den Grünen: „Das Glück ist ein Vogerl, deswegen braucht es Prinzipien.“ Die Grünen hätten klare Prinzipien und würden das Glücksspiel deswegen überhaupt ablehnen. http://www.noen.at/news/politik/Wettbueros-nun-im-Visier-des-Landes;art150,17112 foerster

Autor	Beitrag
kopeiki 21.12.2010 13:43	Meiner Meinung nach ist die Lösung ganz einfach: Das "Kleine-Glückspiel"gehört ganz alleine dem Staat zugeordnet und sonst keinerlei GmbH oder ähnlichen Geflechten von Organisatoren aus dem Inn- wie Ausland, also verstaatlicht und die Einnahmen wie bei den"Casino-Austria" zweckgebunden versteuert an das Gesundheitsresort und den Rettungsorganisationen mit gerechtem Schlüssel verteilt. Es darf nicht sein, dass ein Konzern und ein paar Erzeuger Firmen eine "Lizenz" zu nicht versteuerten "EUROMILLIONEN" leicht und mit Hilfe des Gesetzes kommen. "Senatoren", "Professoren", "Barone" etc. nennen sich diese Firmen-Manager und cashen die kranken "Spieler" ab und die Familie vor allem die Kinder gehen mit den Müttern sodann zur "Caritas" und Sozialeinrichtungen betteln. Daher ein "Verbot" der "Einarmigen-Banditen" mit bis zu "20000 EURO" Kredit Einsatz unbegrenzt mit versteckten "Tasten" Betätigungen. "Frohe Feiertage" und einen Gewinn im "LOTTO-Vierfachjackpot" wünsche ich allen Lesern dieses Beitrages.
schlüterkarl 30.12.2010 14:30	Made-in-china-Wettbüros? Geldwaschmaschine ist der bessere und korrektere Ausdruck dafür. Und den Staat interessiert es einen Dreck was dort passiert. Habe so munkeln gehört, dass gewisse Beamte dort fleissig und voller Freude am Verlust der Spieler mitnaschen. Steuerfrei natürlich.
Schadulke 01.01.2011 09:45	Hallo, Schwerpunktkontrollen, die in privaten Spielcasinos, Cafes und Tankstellen stattfinden, zeigen nun erst einmal, wie groß die Zahl illegaler Spielautomaten in Österreich (Vorarlberg) überhaupt ist. Die SOKO Glücksspiel beschlagnahmt jede Woche nämlich illegale Spielautomaten - immerhin 228 Stück bisher. Die KIAB Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung, Polizei und Bezirkshauptmannschaften haben dafür bis heute 63 Lokale kontrolliert. Auch im kommenden Jahr sollen die intensiven Kontrollen fortgesetzt werden. http://vorarlberg.orf.at/stories/490400/ Viele Grüße und alles Gute fürs neue Jahr, Gerd Schadulke

Autor	Beitrag
lene 05.01.2011 15:23	Durch die Rechtssprechung des EuGH werden die Karten am österreichischen Glücksspielmarkt jetzt noch mal komplett neu gemischt. Nach dessen Urteil vom September 2010 fällt nämlich das Monopol auf Roulette & Co, und nun müssen die 2012 bzw. 2015 auslaufenden Casinolizenzen, bisher in Händen der Casinos Austria, europaweit ausgeschrieben werden: Auch die Konzession für die Lotterien, die bereits am 30. September 2012 verfällt, könnte theoretisch an einen neuen Anbieter gehen. Für den heimischen Sport würde dies entgegen so mancher Befürchtungen keine großen finanziellen Einbußen bedeuten. Hing die Sportförderung bisher direkt am Umsatz der Lotterien, gilt seit der Novellierung des GSpG im August 2010 eine neue Regelung. Aus den Steuern, die der Lotteriebetreiber zahlt, fließen künftig mindestens 80 Mio. Euro in den Sport. Bisher machte die Sportförderung drei Prozent des Lotterien-Umsatzes aus. 2010 waren dies 79 Mio. Euro, denn im Jahr davor setzten die Österreichischen Lotterien 2,63 Mrd. Euro um. Künftig wird die Sportförderung beginnend mit 2013 jedes Jahr angepasst, wobei sich die Valorisierung nunmehr nach der Steigerung der Steuerleistung richtet, sich also nur mehr indirekt am wirtschaftlichen Erfolg des Lotteriebetreibers bemisst. Konkret erhöhen sich die 80 Mio. Euro jährlich „in dem Ausmaß, in dem die glückspielrechtlichen Bundesabgaben des Konzessionärs im Vorjahr gegenüber dem vorletzten Jahr gestiegen sind“, wie es im GSpG heißt. Sollten die Abgaben des Lotteriebetreibers mangels Umsatz nicht ausreichen, muss der Steuerzahler einspringen. „Dann kommt es aus dem Budget“, erklärte ein Sprecher des für Glücksspiel zuständigen Staatssekretärs Reinhold Lopatka. Als wahrscheinlich gilt dies aber nicht. Indes ist noch immer offen, wie die Vergabe der neuen Glücksspielkonzessionen erfolgen wird. „Bis Ende des Jahres wird die Ausschreibung abgeschlossen sein“, heißt es aus Lopatkas Büro vage. Man wolle eine neuerliche Verhandlung vor dem EuGH am 27. Jänner abwarten, bei der es auch um die österreichische Lotterien-Konzession geht. „Es könnte ja sein, dass davon prinzipielle Kriterien für die Ausschreibung abzuleiten sind“, so der Sprecher von Lopatka. Im Hintergrund liefen aber freilich schon die Vorbereitungsarbeiten. Das EuGH-Verfahren hat der Onlineglücksspiel- und Sportwettenanbieter bet-at-home ins Rollen gebracht. Dessen Gründer Jochen Dickinger und Franz Ömer wurden in Österreich wegen unerlaubten Glücksspiels geklagt, das zuständige Bezirksgericht Linz hat schließlich den EuGH angerufen. Unter anderem geht es um die Frage, ob bet-at-home mit seiner maltesischen Lizenz Online-Glücksspiele auch österreichischen Usern zugänglich machen darf. „Wir berufen uns auf die Dienstleistungsfreiheit in der EU“, sagte bet-at-home-Anwalt Oliver Plöckinger zur APA. Weiters argumentiert das Unternehmen mit dem „intransparenten und diskriminierenden“ Vergabeverfahren in Österreich. „Wenn man sich um eine Lizenz beworben hätte, hätte man ohnehin keine bekommen. Daher darf man auch nicht bestraft werden“, so Plöckinger, der sich dabei auf frühere EuGH-Rechtssprechung beruft. Das endgültige Urteil erwartet der Rechtsvertreter für Mitte 2011. Bis dahin müsse die Ausschreibung der Glücksspielkonzessionen längst im Gange sein, denn die Zeit drängt, warnen Branchenkenner. Zuerst müsse einmal - nach EU-rechtskonformen Kriterien - eine Agentur gefunden werden, die dann die Ausschreibung abwickelt. Die Vergabe selbst werde wohl sechs bis acht Monate in Anspruch nehmen. Unklar ist bis dato, ob die Lizenzen für die Spielbanken - künftig sind es 15 statt 12 - an einen Standort gebunden sein werden, einzeln oder en bloc ausgeschrieben werden. Auch bei den Lotterien könnte sich einiges ändern, zumal ja Lopatka bis Ende der laufenden Legislaturperiode auch rechtliche Rahmenbedingungen für das bisher kaum geregelte Online-Zocken schaffen will. Im Zuge dessen könnte theoretisch eine eigene

Autor	Beitrag
	Konzession für Internet-Gambling ins Leben gerufen werden. In der Branche wird es deshalb sogar für möglich gehalten, dass die Lotterielizenz in eine für klassisches Lotto und eine für Elektronische Lotterien aufgesplittet wird - was bei den Österreichischen Lotterien wohl mit Argwohn betrachtet wird. Denn der Monopolist speist mittlerweile einen Großteil seiner Einnahmen aus den sogenannten Elektronischen Lotterien, nämlich aus dem Internet und den Automatensalons WINWIN: 2009 trug die Plattform win2day mit 1,1 Mrd. Euro knapp 41 Prozent zum Gesamtumsatz bei, die zentralvernetzten Slotmachines (Video Lotterien Terminals, VLTs) in den WINWIN-Studios weitere 14 Prozent (361 Mio. Euro). http://www.tt.com/csp/cms/sites/tt/Nachrichten/1990355-2/lotteriemonopol-wackelt-sportf%C3%B6rderung-bleibt.csp lene

In diesem Thema befinden sich folgende Anhänge:

Powered by: PDF Thread Hack 1.0 Beta 2 © 2004 Christian Fritz
Powered by Burning Board 2.3.6 pl2 © 2001-2004 WoltLab GmbH